

Prekarität – Zentrum der sozialen Frage im 21. Jahrhundert

Wenn ein Deutscher mit Blick auf das eigene Land von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen spricht, muss das aus der Außenperspektive seltsam anmuten. Denn selbst im europäischen Vergleich erscheint die deutsche Gesellschaft noch immer als reich und sicher. Für die Selbstwahrnehmung relevanter Bevölkerungsteile dieser Länder treffen solche Einschätzungen indessen schon lange nicht mehr zu. Nicht erst seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 (Goldthorpe 2008) scheint sich Robert Castels (2009) These einer Wiederkehr sozialer Unsicherheit in die an sich reichen und sicheren Gesellschaften des Westens eindringlich zu bewahrheiten. Eine finanzkapitalistisch getriebene Landnahme hat, so meine These, eine historische neue Form von Prekarität hervorgebracht, die das Gesicht (nicht nur) der kontinentaleuropäischen Lohnarbeitsgesellschaften irreversibel verändert. Nachfolgend wird diese Sichtweise in mehreren Schritten begründet. Zunächst (1.) geht es um eine theoretische Begründung des Zusammenhangs von kapitalistischer Entwicklung und Prekariisierung. Es folgt eine Skizze der strukturellen (2.), subjektiven (3.) sowie konflikt- und herrschaftssoziologischen (4.) Merkmale aktueller Prekariisierungstendenzen.

1. Landnahme und Prekarität

Eine frühe Analyse des Zusammenhangs von kapitalistischer Landnahme und Prekariisierung hat Marx in seinen Ausführungen zur ursprünglichen Akkumulation des Kapitals (Marx, MEW 23, S. 741 ff.) geleistet. Landnahme meint hier die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise in einer nichtkapitalistischen Umwelt. Entscheidende Hebel sind die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, die Monopolisierung der Produktionsmittel bei einer kleinen Elite von Eigentümern sowie die gleichzeitige Herausbildung einer breiten Masse doppelt freier Lohnarbeiter. Wenngleich im historischen Kenntnisstand seiner Zeit befangen, zeigt Marx eindrucksvoll, dass die Integration in die neue Produktionsweise immer auch auf staatlichem Zwang und politischer Intervention beruhte. So wurden Gesetze aus der Feudalzeit, die Betteln und Landstreicherei untersagten, gegen das „zum Vagabunden gemachte Landvolk“ eingesetzt. Es handelte sich um eine frühe, auch politisch hergestellte Form der Prekarität potentieller Arbeitskräfte, die „durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert“ wurden (ebd., S.

765). Marx war allerdings der Ansicht, dass extensive Gewalt und politischer Zwang eine Episode in der Frühgeschichte des Kapitalismus bleiben würden. Er prognostizierte die Herausbildung einer Arbeiterklasse, die „aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt“ (ebd.).

Dieser Marxsche „Optimismus“ ist nicht nur bei marxistischen Häretikern auf Kritik gestoßen. Nach Auffassung von so unterschiedlichen Theoretikerinnen wie Rosa Luxemburg und Hannah Arendt besitzt kapitalistische Entwicklung stets ein Doppelgesicht. Die eine Entwicklung setzt sich in den Produktionsstätten des Mehrwerts, in den Fabriken, der durchkapitalisierten Landwirtschaft und auf den Warenmärkten durch. Hier reproduziert sich der Kapitalismus weitgehend auf seinen eigenen Grundlagen. Die andere Dynamik bricht sich in Austauschbeziehungen zwischen der Kapitalakkumulation einerseits und nichtkapitalistischen Produktionsweisen und Territorien andererseits Bahn. Beide Dynamiken sind unauflöslich miteinander verzahnt. Kapitalistische Entwicklung bleibt auch infolge von Verwertungsschwierigkeiten in internen Märkten systemisch auf ein Außen, auf nichtkapitalistische Gesellschaften, Bereiche und Sektoren, angewiesen.

Von ihren zusammenbruchstheoretischen Implikationen abgelöst, lässt sich die Landnahme-These generalisieren und auf historische wie aktuelle Formen von Prekarität beziehen. Für Landnahmen kann der Kapitalismus, etwa in Gestalt nichtkapitalistischen Gesellschaften, „ein bereits bestehendes ‚Außen‘ nutzen“. Er kann sich ein bestimmtes Gebiet innerhalb des Kapitalismus, z. B. nicht kommodifizierte Bildungssysteme, einverleiben. Er kann ein solches Außen aber auch „aktiv herstellen“ (Harvey 2005, S. 140). Das ist mittels *Ent-Kommodifizierung*, wie sie in der Brachlegung von Arbeitskräftepotential, Industrien und Regionen zum Ausdruck kommt, möglich. Ein Außen kann aber auch durch *De-Kommodifizierung*, d. h. über die Produktion öffentlicher Güter und Infrastrukturinvestitionen produziert werden. Im ersten Fall wirken Staatsinterventionen marktöffnend, im zweiten Fall sorgt staatliche Politik für langfristige raum-zeitliche Fixierungen von Kapital. Aktive Herstellung eines Außen bedeutet in der Konsequenz, dass die Kette der Landnahmen prinzipiell unendlich ist. Der „Sündenfall“ (Arendt 2006) einer politisch-staatlich angestoßenen Akkumulationsdynamik kann und muss sich auf erweiterter Stufenleiter beständig wiederholen. Exakt dies gilt auch für das Phänomen der Prekarisierung. Der Marxsche „Reservearmeemechanismus“ und die ihm eingeschriebenen Formen von Prekarität stellen eine besondere Form der Ent-Kommodifizierung und damit der aktiven Herstellung eines Außen dar. Insofern be-

inhaltet die soziale Frage im Marxschen Verständnis beständig zwei Analysedimensionen. Innen steht Ausbeutung, die private Aneignung eines kollektiv erzeugten Mehrwerts, im Zentrum; außen geht es um das Herabdrücken von Einkommen und Lebensbedingungen unter die Normalitätsstandards der Klasse, um Überausbeutung und im Extremfall um eine vollständige Brachlegung des Arbeitsvermögens.

Phasenverschoben entfaltet sich diese Innen-Außen-Dialektik des Kapitalismus in unterschiedlichen Epochen und sozialen Räumen. Bei der algerischen Laborsituation, die Pierre Bourdieu (2000) in seiner bahnbrechenden Studie zu den „zwei Gesichtern der Arbeit“ vor Augen hatte, handelt es sich z. B. um eine zeitlich und räumlich an die Peripherie eines prosperierenden Kapitalismus verschobene Wiederholung „primitiver Akkumulation“ und damit um eine historisch besondere Verknüpfung von kapitalistischer Landnahme und Prekarität. In ihren Schlussfolgerungen hinsichtlich der destruirenden Wirkungen prekärer Lebensverhältnisse ähnlich, unterscheidet sich Bourdieus Analyse doch in einem wichtigen Punkt von der Maxschen Interpretation. Für Marx ist die industrielle Reservearmee in ihren wesentlichen Ausprägungen potentieller Bestandteil der Arbeitklasse, die Überwindung von Spaltungen mithin ein Problem der „planmäßige(n) Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten“ (Marx 1973, S. 669), der politischen oder gewerkschaftlicher Klasseneinheit. Selbst die Waisen und Pauperkinder gelten Marx noch als „Kandidaten der industriellen Reserverarmee“, die in Zeiten des großen Aufschwungs „rasch und massenhaft in die aktive Arbeiterarmee einrolliert“ (ebd., S. 673). Nur die Angehörigen des Lumpenproletariats, die Vagabunden und Verbrecher sowie die Arbeitsunfähigen, Verstümmelten, Verkranken und Witwen, hält er für eine klassenpolitisch nicht integrierbare „Lazarusschicht“ (ebd.). Anders Bourdieu. Für ihn repräsentieren die algerischen Subproletarier eine eigenständige Klasse von Existenzbedingungen, die jede Visionen einer Klasseneinheit der Unterdrückten konterkariert. Besondere Lebensbedingungen verunmöglichen es den Subproletariern, sich jene planerisch-kalkulierende Denkweise anzueignen, die zu rationaler Betätigung am kapitalistischen Arbeitsmarkt überhaupt erst befähigt. Habituell bleiben die Subproletarier daher einer nichtkapitalistischen Produktionsweise verpflichtet. Arbeit verbindet sich bei ihnen mit Ehre und Selbstachtung. Häufig betätigen sie sich als Straßenhändler, obwohl sie von dieser Tätigkeit nicht leben können. Solche Praktiken aus Vormoderne beziehen ihre Rechtfertigung aus der bäuerlichen Moral der Vergangenheit. Man arbeitet in Scheinberufen, um die eigene Würde aufrecht zu erhalten. Die „Tätigkeit hat in Wahrheit keinen anderen Zweck als die Wahrung des Selbstwertgefühls“ (Bourdieu 2000, S. 75).

Zumindest implizit reibt sich diese Diagnose am Fortschrittsoptimismus, wie ihn manche Spielarten des Marxismus noch immer pflegen. Es macht gar keinen Sinn, die algerischen Subproletarier und ihre Lebensweise als rückständig zu qualifizieren. Die Prekarisierten können aufgrund ihrer Existenzbedingungen vielfach gar nicht anders, als eine Vergangenheit zumindest habituell zu bewahren, deren Erzeugungsbedingungen sich im gesellschaftlichen Evolutionsprozess mehr und mehr verflüchtigt haben. Insofern drückt Prekarität keineswegs per sé Rückständigkeit aus. Vielmehr handelt es sich um eine eigentümliche Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Die prekäre Form verkörpert ein „zweites Gesicht der Arbeit“, ohne das sich das „erste“, moderne Antlitz von Lohnarbeit in der analysierten raum-zeitlichen Konfiguration gar nicht hätte ausprägen können. Dies gilt es bei der Analyse von zeitgenössischen Formen der Prekarität zu beachten.

2. Finanzkapitalistische Landnahme und diskriminierende Prekarität

Nach 1945 war es in den Kontinentaleuropäischen Gesellschaften und insbesondere in Westdeutschland gelungen, Armut und Prekarität zu marginalisieren (Paugam 2008). Sie waren nicht gänzlich verschwunden, vor allem bei Migranten und Frauen ständig präsent, aber doch aus der Welt der geschützten Lohnarbeit weitgehend ausgelagert. Heute ist diese Form marginaler Prekarität Geschichte, weil sich die Produktionsformen und mit ihnen auch die strukturellen Ausprägungen unsicherer Arbeits- und Lebensverhältnisse grundlegend gewandelt haben. Hauptursache ist eine finanzmarktgetriebene Landnahme, die in den 1970er Jahre einsetzte. Diese Landnahme verbindet die Dynamisierung der Kapitalakkumulation mit einer Okkupation eben jenes Außen, das dem fordistischen Kapitalismus durch marktbegrenzende Institutionen und die Inkorporation von Arbeitermacht als funktionales Äquivalent aufgezwungen worden war. Finanzmarkt-Kapitalismus bezeichnet in diesem Kontext eine besondere kapitalistische Formation. Sie verbindet einen Modus der Kapitalakkumulation¹, der auf einer relativen Dominanz von finanziellem Anlagekapital beruht, mit flexibel-marktzentrierten Produktionsmodellen und Regulationsdispositiven (Verknüpfungen von öffentlichen Diskursen und institutionellen Praktiken), die Marktförmigkeit, Eigenverantwortung und Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Solidarprinzip priorisieren (Dörre 2009). So verstanden, handelt es

¹ Der Begriff des Akkumulationsregimes beinhaltet die Idee einer vorübergehenden Überwindung der Schranken des Kapitalismus durch institutionelle Konstrukte. Das fordistische Regime entstand aus politischen Verhältnissen, die dem Kapital aufgezwungen wurden, es hat allerdings auch von exogenen Faktoren (Rekonstruktionsperiode, Bipolarität des Weltsystems) profitiert. Chesnais, (2004), S. 217-254., Hier: S. 217.

sich beim Finanzmarkt-Kapitalismus keineswegs ausschließlich um eine besondere Form der Kapitalakkumulation. Vielmehr wird die finanzkapitalistische Wettbewerblogik über diverse Transfermechanismen auf mehr oder minder alle Sektoren einer gemischten Wirtschaft übertragen und so in die Gesellschaft hinein verallgemeinert.

Diverse Transferprozesse wurden über Jahrzehnte durch die Dominanzverhältnisse in den internationalen Beziehungen stimuliert. Das sogenannte Dollar-Wallstreet-System (Henwood 1994) samt einer Währungspolitik, mit der die USA versuchten, ihre Führungsrolle in der Weltwirtschaft zu behaupten, sorgten unter tätiger Mithilfe europäischer Regierungen dafür, dass konstitutive Elemente des Finanzkapitalismus in die kontinentaleuropäischen Ökonomien integriert wurden. Aufgrund ihrer Vormachtstellung im internationalen Staatensystem hat die Ausbreitung dieser Kapitalismusvariante mit dafür gesorgt, dass die Liquiditätsprinzipien globaler Finanzmärkte auf die Realwirtschaften übertragen wurden. Transfermechanismen auf der innerstaatlichen Ebene sind der Markt für Unternehmenskontrolle und die Shareholder-Value-Steuerung von Unternehmen (Windolf 2005). Beide haben für eine tiefgreifende Restrukturierung des weltmarktorientierten privatwirtschaftlichen Sektors gesorgt. Entstanden ist eine Planwirtschaft im Dienste von Maximalprofiten und Höchstrenditen. In ihr erscheinen Gewinne nicht mehr als Resultat realer wirtschaftlicher Leistungen, vielmehr legen die Managementspitzen Gewinnmargen und Renditeziele als Kennziffern fest, an der sich Führungskräfte und Belegschaften der Unternehmen verbindlich zu orientieren haben.

In der Folge verändern sich die Steuerungsformen und Kontrollmodi von Unternehmen ebenso wie die Managementstile und die Personaleinsatzkonzepte. Managemententscheidungen folgen zunehmend den Schwankungen von Aktienkursen, dem Diktat der Quartalsberichte und nicht zuletzt den Egoismen, die aus Aktienoptionen und Gewinnbeteiligungen für Spitzenmanager resultieren. Auf diese Weise hat sich ein Regime der kurzfristigen Zeit herausgebildet, das über einen abstrakten, marktzentrierten Kontrollmodus für eine Verstetigung der Konkurrenz in Betrieben und unter den Beschäftigten sorgt. Hier lässt sich eine wesentliche Ursache der neuen Prekarisierung verorten. Um sich auf volatile Märkte mit ihren raschen Schwankungen einzustellen und die geplanten Gewinnmargen längerfristig garantieren zu können, sind Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen zu Restgrößen geworden, die es flexibel an die Auftragslage anzupassen gilt. Den Druck geplanter Gewinnmargen geben fokale Unternehmen nicht nur an Führungskräfte und Belegschaften weiter, auch Zulieferunternehmen und mit ihnen abhängige Segmente kleinerer und mittlerer Betriebe werden erfasst.

Um ein an den Konjunkturverlauf angepasstes „Atmen“ von Unternehmen zu ermöglichen, gewinnen flexible Beschäftigungsformen und vor allem externe Flexibilisierungsinstrumente wie Befristungen, Werkverträge und Leiharbeit in den Wertschöpfungssystemen an Bedeutung. Offenkundig macht das finanzkapitalistische Regime Methoden der Gewinnsteigerung wieder attraktiv, die, wie es Marx genannt hätte, auf der Produktion von absolutem Mehrwert, sprich: auf der Verlängerung von Arbeitszeiten, auf Lohnkürzungen sowie der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen beruhen. Um ein garantiertes Mindestaktionärseinkommen zu ermöglichen, suchen Unternehmen, Extraprofiten aus der Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeit zu ziehen (Chesnais 2003: 236). Da entsprechende Wettbewerbsvorteile leicht zu kopieren und daher nur flüchtig sind, muss der „Motor“ dieser Art von Landnahme beständig durch neue Unterbietungskonkurrenzen, Ausgründungen, Auslagerungen und Deregulierungen in Gang gehalten werden. Eine vorausgesetzte Stabilität von Renditen und Gewinnen zieht so eine wachsende Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse nach sich. Finanzmarkt-Kapitalismus und Prekarisierung sind daher letztendlich zwei Seiten einer Medaille.

Die finanzkapitalistische Landnahme bleibt nicht auf den weltmarktorientierten Wirtschaftsbereich beschränkt. Weil er Bestandsgarantien nur noch für Unternehmensteile gibt, die den Gewinnvorgaben entsprechen, forciert der Finanzmarkt-Kapitalismus den wirtschaftlichen Strukturwandel. Der klein- und mittelbetriebliche Sektor wird über Kreditinstitute und Bilanzierungsregeln mit der finanzkapitalistischen Logik konfrontiert (Bluhm; Schmidt 2008; Becker u.a. 2008, S. 213 ff.). In der Konkurrenz um Unternehmensansiedlungen und staatliche Fördermittel treten Regionen als „kollektive Unternehmer“ gegeneinander an (Dörre; Röttger 2006). Zugleich expandieren Sektoren und Bereiche mit vorwiegend reproduktiven Tätigkeiten, in denen institutionelle wie organisierte Arbeitermacht vergleichsweise schwach ausgeprägt sind. Die stärkere Abhängigkeit unmittelbar wertschöpfender Arbeiten von einem beständig zunehmenden Volumen reproduktiven Tätigkeiten steht jedoch in einem spiegelverkehrten Verhältnis zur gesellschaftlichen Wertschätzung und sozialen Absicherung vieler Humandienstleistungen und Reproduktionstätigkeiten. Zum Transfer der finanzkapitalistischen Logik gehören die (Teil-)Privatisierung und Börsengänge zuvor öffentlicher Unternehmen. Post, Bahn und Telekom werden längst als gewinnorientierte Konzerne geführt. Sie konkurrieren auf wichtigen Geschäftsfeldern mit privaten Anbietern, die den Wettbewerb mit Lohndumping und prekären Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten bestreiten (Röhm/Voigt 2007).

Auch der Staat selbst hat sich dieser Form der Landnahme angepasst (Crouch 2008, Lessenich 2008) Öffentliche Verwaltungen privatisieren Leistungen und restrukturieren sich selbst nach Prinzipien des New Public Management. In der Folge werden Outsidergruppen wie die Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfebezieher zu „Kunden“ der Verwaltungen, um unter dem Druck strenger Zumutbarkeitsregeln ein unternehmerisches Verhältnis zu ihrem Arbeitsvermögen zu entwickeln (Bescherer u. a. 2008). Ideologische Triebkraft dieser Landnahme ist ein „neuer Geist des Kapitalismus“, der Freiheit ausschließlich negativ, d. h. als Abwesenheit von Zwang definiert und die finanzkapitalistische Restrukturierung im Namen von Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit als Befreiungsprojekt zu legitimieren sucht (Boltanski; Chiapello 2003). Sicher mündet die ideologische Offensive finanzkapitalistischer Wettbewerbslogik nicht in einen Vermarktlichungsautomatismus. Gerade in Deutschland reiben sich Politiken, die auf eine Stärkung der Marktkoordination zielen, an sperrigen institutionellen Filtern ebenso wie an konkurrierenden Teilrationalitäten. Dennoch haben auch die ideologischen Transfers das gesellschaftliche Regulationsdispositiv umgeformt. Organisierte Arbeitsbeziehungen und Tarifsystem liefern dafür das beste Beispiel.

Im weltmarktorientierten Sektor sind betriebliche Wettbewerbspakte zur Normalform der Regulation geworden. Sie fixieren überwiegend stark asymmetrische Interessenkompromisse (zeitlich begrenzte Beschäftigungssicherung für Stammbeschäftigte im Gegenzug für Zugeständnisse bei Löhnen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen) und sorgen so dafür, dass die Effektivlöhne selbst in vertretungsstarken Branchen wie der Metall- und Elektroindustrie stark von den Tariflöhnen abweichen (Haipeter 2009, Massa-Wirth 2007, Rehder 2006). In vertretungsschwachen Bereichen wie der Leiharbeitsbranche hat die Konkurrenz kleiner Splittergewerkschaften geradezu für eine Balkanisierung der Tariflandschaft gesorgt. Umgekehrt versuchen Gruppen mit hoher Primärmacht wie Ärzte oder Lokführer ihre berufliche Stellung zu nutzen, um jenseits der Vereinbarungen von DGB-Gewerkschaften überdurchschnittlich hohe Abschlüsse durchzusetzen. Im Ergebnis erodiert das Tarifsystem. Die Welt des Flächentarifvertrags, der mit verbindlichen Standards die Arbeits- und Einkommensbedingungen regelte, „gehört der Vergangenheit an“ (WSI 2006, S. 64).

Der Abbau kollektiver Schutzrechte und Sicherungssysteme, für den die Erosion des Flächentarifs nur ein Beispiel ist, trifft besonders jene Bereiche, in denen die Organisationsmacht von Gewerkschaften ohnehin schwach ausgeprägt ist. Das gilt für den Niedriglohn- und den Non-Profit-Sektor mit ihren überdurchschnittlichen Frauenanteilen und die von kleineren und mitt-

leren Betrieben geprägten Regionen ebenso wie für die expandierenden Segmente mit „immaterieller“ Arbeit, in denen es häufig nicht einmal Betriebsräte gibt. Vor allem in der Kulturwirtschaft, im Medienbereich und dem Non-Profit-Sektor mit seinen Weiterbildungsträgern, Beschäftigungs- und Transfergesellschaften sind die Grenzen zwischen kreativer und prekärer Arbeit fließend geworden. Mit voller Wucht trifft die Prekarisierung einfache, niedrig entlohnte Tätigkeiten. Das sind häufig personenbezogene Dienstleistungen im Pflegebereich, der Gastronomie, im Hotelgewerbe oder auch arbeitsintensive Boten- und Helfertätigkeiten.

Als Folge der finanzgetriebenen Landnahme ist jenes Regime der „organisierten Zeit“ (Sennett 2007), an dem eine Majorität der Lohnabhängigen samt ihrer Familien über Jahrzehnte partizipieren konnte, erodiert. Zerfall bedeutet freilich nicht abruptes Verschwinden. In Deutschland befindet sich die Mehrzahl der Beschäftigten formal noch immer in geschützter Beschäftigung. Diese Mehrheit definiert die gesellschaftlichen Standards für Einkommen und Beschäftigungssicherheit. Das geschieht jedoch in einem radikal veränderten gesellschaftlichen Umfeld, in welchem sich ein Übergang von marginaler zu diskriminierender Prekarität vollzieht. Prekarisierung ist nun weniger denn je ein exklusives Problem sozialer Randschichten. Vielmehr prägen sich drei Strukturformen von Prekarität aus, die sich – so paradox das klingen mag – über sämtliche Zonen sozialer Kohäsion (Castel 2000) erstrecken. Am unteren Ende der sozialen Hierarchie befinden sich jene Gruppen, die schon Marx (1973, S. 657 ff.) als „Überzählige“ der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft bezeichnet hatte. Zu ihnen gehören in Deutschland die Mehrzahl der gut 2, 2 Millionen Langzeitarbeitslosen (Juli 2009) samt ihrer Familien, sowie knapp 1, 1 Millionen sogenannte Aufstocker, deren Einkommen nicht ausreicht, um ohne Arbeitslosengeld-II-Bezüge leben zu können (Bundesagentur 2009). Insgesamt handelt es sich um weit mehr als 7 Millionen Menschen. Soweit arbeitsfähig, streben diese sozial und kulturell äußerst heterogenen Gruppen in ihrer großen Mehrheit nach Integration in reguläre Beschäftigung. Nur kleine Minderheiten ohne realistische Chance auf eine Existenz sichernde Erwerbstätigkeit verwandeln den objektiven Mangel an Chancen in eine auch subjektiv gewollte Orientierung an einem Leben jenseits von regulärer Arbeit (Dörre u. a. 2008).

Von den „Überzähligen“ lassen sich die eigentlichen Prekariere abgrenzen. Gemeint sind expandierende Gruppen – darunter auch das Gros der, unter Berücksichtigung von Fluktuationen, zwischenzeitlich wahrscheinlich mehr als Million Leiharbeiter, die über längere Zeiträume hinweg auf die Ausübung unsicherer, niedrig entlohnter und gesellschaftlich gering angesehen-

ner Arbeiten angewiesen sind. Die Zunahme atypischer Erwerbsverhältnisse von 17,5 % (1997) auf 25,5 % (2007) aller abhängig Beschäftigten ist nur ein äußerst unzuverlässiger Indikator für diesen Prekarisierungstrend, weil er weder prekäre Selbständigkeit noch die rasche Ausdehnung niedrig entlohnter Vollzeitbeschäftigung erfasst. Inzwischen verdienen ca. 6,5 Mio. Menschen weniger als zwei Drittel des Medianlohns (Bosch; Weinkopf 2007). 2006 traf dies bereits auf jeden siebten Vollzeitbeschäftigten zu. Die höchsten Anteile weisen Frauen (30,5 %) und gering Qualifizierte (45,6 %) auf. Doch rund drei Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten verfügten über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder gar einen akademischen Abschluss (Kalina; Vanselow 2008, S. 20-24). Dass die Aufwärtsmobilität im Niedriglohnsektor in Deutschland trotz solcher Voraussetzungen rückläufig ist, signalisiert eine Verstetigung prekärer Lagen (Bosch; Kalina 2007, S. 42 ff.). Dafür spricht auch, dass das unterste Viertel der Lohnbezieher innerhalb von 10 Jahren (1997-2007) Reallohneinbußen von 14 % zu verzeichnen hatte (Statistisches Bundesamt, 19. August 2009).

Eine eher versteckte Ausprägung von Prekarität existiert innerhalb formal noch immer sicherer Beschäftigung. Gemeint ist die Angst vor Statusverlust, die relevante Teile der Arbeiter und Angestellten umtreibt. Solche Ängste entsprechen nicht unbedingt objektiven Bedrohungen, sie sind aber auch nicht bloßes Indiz übersteigerter Sicherheitsbedürfnisse. Standortkonkurrenzen, Reallohnverlust und die schleichende Aushöhlung von Kollektivvereinbarungen nähren selbst im gewerkschaftlich organisierten Kern der Arbeitnehmer die Befürchtung, den Anschluss an die Mittelschichten zu verlieren. Diese Ängste erfassen offenbar zunehmend auch Mittelschichtenangehörige. Zwar gibt es noch immer Indizien, die für eine erhebliche Stabilität eines Teils der sozialen Mitte sprechen, Erosionsprozesse lassen sich jedoch kaum übersehen. Angesichts einer Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse „gerade am Rand der gesellschaftlichen Mitte“, sinkender Einkommensvorsprünge und wachsender Arbeitsmarktrisiken sind Existenzängste auch im abgegrenzten „Kern der gesellschaftlichen Mitte“ zu beobachten (Werdning; Müller 2007, S. 157; DIW, 05.03.2008).

3. Subjektive Verarbeitungsformen

Mit ihren strukturellen Ausprägungen verändern sich zugleich die subjektiven Verarbeitungsformen von Prekarität. Dies sei exemplarisch an einigen empirischen Befunden illustriert. Zunächst lässt sich festhalten, dass Flexibilität und Unsicherheit von Arbeit und Beschäftigung höchst unterschiedlich verarbeitet werden. Unsere Typologie umfasst neun typische

Verarbeitungsformen, die sich drei Zonen sozialer Kohäsion zuordnen lassen. An dieser Stelle soll es aber nicht darum gehen, die Typen ausführlich vorzustellen. Vielmehr sollen drei Befunde präsentiert werden, die das Neue diskriminierender Prekarität veranschaulichen.

<i>Schaubild 1: (Des-)Integrationspotentiale von Erwerbsarbeit – eine Typologie²</i>
<i>Zone der Integration</i>
1. Gesicherte Integration („Die Gesicherten“)
2. Atypische Integration („Die Unkonventionellen“ oder „Selbstmanager“)
3. Unsichere Integration („Die Verunsicherten“)
4. Gefährdete Integration („Die Abstiegsbedrohten“)
<i>Zone der Prekarität</i>
5. Prekäre Beschäftigung als Chance / temporäre Integration („Die Hoffenden“)
6. Prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement („Die Realistischen“)
7. Entschärfte Prekarität („Die Zufriedenen“)
<i>Zone der Entkoppelung</i>
8. Überwindbare Ausgrenzung: („Die Veränderungswilligen“)
9. Kontrollierte Ausgrenzung / inszenierte Integration („Die Abgehängten“)

Zwei Integrationsmodi von Erwerbsarbeit: Zunächst lassen sich zwei zentrale Integrationsmodi von Erwerbsarbeit identifizieren – die reproduktiv-arbeitskraftkraftbezogene und die subjektiv-sinnhafte, tätigkeitsbezogene Integration. Im Unterschied zu Paugams Konzept der „doppelten Prekarisierung“³ geht diese Unterscheidung aber nicht von einer gleichberechtigten Koexistenz beider Integrationsmodi aus. Vielmehr gewinnt die Integration über die Tätigkeit und ihre Inhalte subjektiv nur in dem Maße an Bedeutung, wie Einkommens- und Beschäftigungssicherheit als gegeben gelten. Trotz dieser Gewichtung kann der tätigkeitsbezogene Integrationsmodus, eine reiche Ausstattung mit kulturellen und ökonomisch-finanziellen Ressourcen vorausgesetzt, strukturell angelegte Beschäftigungsunsicherheit zumindest zeitweilig kompensieren. Befragte Freelancer, Werbefachleute und Führungskräfte mit Zeitverträgen, die wir als *Selbstmanager* bezeichnet haben, betrachten sich trotz flexibler Beschäfti-

² Die Typologie basiert auf einer qualitativen Erhebung von 100 Befragten aus allen Zonen der Arbeitsgesellschaft, die ich gem. mit Klaus Kraemer und Frederic Speidel durchgeführt habe.

³ Vgl. den Beitrag von Serge Paugam in diesem Band. Anders als Paugam ordnen wir die Entlohnung der physisch-redproduktionsbezogenen Dimension zu (vgl. Fraser 2001). Auch halten wir es für problematisch, faktisch jede Form des Arbeitsleids als „Prekarität der Arbeit“ zu klassifizieren.

gungsverhältnisse keineswegs als Prekärer. Sie sehen sich auf der sicheren Seite und ihre Kritik an marktgesteuerter Arbeit lässt sich nicht als Ausdruck von Prekarisierung klassifizieren.

Gerade für Hochqualifizierte gilt, dass das Interesse an der Tätigkeit und der Freiheitsgewinn, der mit flexiblen Arbeitsformen verbunden ist, das Empfinden sozialer Unsicherheit überlagert. Das zeigt sich bei problemlösenden Arbeitstätigkeiten, denen ein hohes Maß an Entscheidungsfreiheit eingeschrieben ist. Soweit Marktanforderungen als unabänderlich gelten, stellt sich Freiheit im subjektiven Empfinden aber auch in kreativen Jobs nicht selten mittels Anpassung ein. Je weniger realistisch es erscheint, den eigenen Lebensentwurf auf marktbegrenzende kollektive Regelungen und Sicherheiten zu gründen, desto wahrscheinlicher wird eine Verinnerlichung des Marktzwangs. Die Bereitschaft zum Freiheitsgewinn durch Selbstunterwerfung tritt bei Führungskräften der unteren und mittleren Ebene, aber auch bei Spezialisten und qualifizierten Angestellten häufig in Reinkultur hervor. Hier wirken Selbstzuschreibungen, die Probleme nicht in der Schrankenlosigkeit des Wettbewerbs, sondern in der eigenen Person verorten.

Es sind nicht primär Konkurrenz und äußere Zwangsmomente, die in diesen Gruppen die Bereitschaft zu permanenten Höchstleistungen wecken. In den Segmenten mit anspruchsvollen, kreativen Tätigkeiten appelliert marktzentrierte Kontrolle immer auch an die Professionalität der Arbeitssubjekte. Befriedigung entspringt aus dem Bestreben, die Arbeit so gut wie möglich, eben professionell erledigen zu wollen. Das Bemühen um Bestätigung in der Arbeit kann problematische, mitunter geradezu pathologische Formen annehmen. Teilweise artet die permanente Zeitnot der high potentials geradezu in Arbeitssucht aus, ruft psychische Schäden und Entspannungsunfähigkeit hervor (Brinkmann u. a. 2007). Solche Schwierigkeiten resultieren allerdings nicht mehr aus den Belastungen standardisierter, monotoner Teilarbeit. Was in der fordistischen Ära durch ausdifferenzierte Hierarchien, strukturierte Laufbahnen und klar definierte Kompetenzbereiche von Außen auferlegt wurde und dem Alltagsleben einen Rhythmus gab, wird nun zumindest teilweise der Entscheidung von Individuen oder Kleingruppen überantwortet. Das kann befreiend wirken, aber auch Unsicherheit erzeugen. Mehr noch, ein Grundproblem vieler Kreativarbeiter, die als Grenzgänger zwischen gesicherter Integration und Prekarität pendeln, ist die Verrichtung unbezahlter, gleichwohl überlebensnotwendiger relationale Arbeit (Bologna 2006, S. 34 ff.). Relationale Arbeit bezeichnet die Pflege von Netzwerken, Kundenkontakten, Werbeaktivitäten und Ähnliches. Dass diese Arbeit

gleichsam als unbezahlte vorausgesetzt und damit vom Auftraggeber in Dienst genommen wird, stellt eine besondere Ausprägung des „internen Imperialismus“ finanzkapitalistischer Wettbewerbsrationalität dar. In der Regel verfügen jedoch nicht nur die Gesicherten, sondern auch die Selbstmanager in nicht-standardisierten, befristeten oder projektbezogenen Arbeitsverhältnissen über genügend Ressourcen, um Phasen der Einkommens- und Beschäftigungsunsicherheit ohne Statusverlust überstehen zu können.

Dieser Befund ist bedeutsam, weil er gravierende Verschiebung bei den Maßstäben arbeitsweltlicher Integration signalisiert. Wir können zeigen, dass arbeitsweltliche Integration inzwischen auch über flexible Beschäftigungsformen möglich ist. Konventionelle Einbindung über halbwegs gut entlohnte, unbefristete Vollzeitbeschäftigung und darauf gegründete Arbeitsansprüche ist die eine Variante der Einbindung; unkonventionelle Integration in flexibler Beschäftigung bei hoher Identifikation mit den Inhalten der Tätigkeit und starker Integration in soziale Netze am Arbeitsplatz stellte eine andere Form arbeitsweltlicher Integration dar. Das Nebeneinander von gesicherter und unkonventioneller Integration signalisiert das Ende einer unumstrittenen Hegemonie geschützter Lohnarbeit in den finanzkapitalistisch restrukturierten Arbeitsgesellschaften. Maßstäbe für gelungene Integration werden zwar noch immer vorzugsweise, aber eben nicht mehr ausschließlich über die Institution der Vollzeitbeschäftigung in einem herkömmlichen Lohnarbeitsverhältnis gesetzt. Vor allem in den Bereichen mit qualifizierter, kreativer Arbeitstätigkeit, die sich an das Ideal selbstständiger Arbeit annähern, hat sozialstaatlich geschützte Lohnarbeit ihren Status als verbindliches Leitbild arbeitsweltlicher Einbindung verloren. In den Medien, den „Creative Industries“, aber auch bei lohnabhängigen Angestellengruppen, für die Projektarbeit und internes Unternehmertum zur beständigen Herausforderung geworden sind, verblasst die Attraktivität standardisierter Beschäftigungsverhältnisse auch subjektiv.

(2) *Grenzfall „kreative Prekarität“*: Was für die Selbstmanager Realität ist, die Kompensation latenter Beschäftigungsunsicherheit durch eine reiche Ressourcenausstattung, gilt bei weitem nicht für alle Kreativarbeiter. Tatsächlich verkörpert die Kombination von kreativer Arbeit und Beschäftigung einen Grenzfall, bei dem facettenreiche Übergänge von unkonventioneller Integration zu temporärer Prekarität möglich sind. Klassisches Beispiel für entsprechende Verarbeitungsformen ist der Künstler, der sich, aller Widrigkeiten seiner Lebensumstände zum Trotz, in und über seine Tätigkeit verwirklicht. In weniger spektakulärer Gestalt ist diese Kombination von anspruchsvoller Arbeitstätigkeit und prekärer Beschäftigung seit

Langem konstitutives Merkmal von Wissenschaftlerkarrieren. So sind drei Viertel der ca. 106.000 wissenschaftlichen Mitarbeiter an deutschen Hochschulen befristet beschäftigt, über 40 % haben lediglich eine Teilzeitstelle. Ob ihre Bemühungen fruchtbar sind, erfahren sie zumeist erst am Ende einer denkbar langen Qualifizierungsphase. Bis zur Berufung, die im vierten, teilweise erst im fünften Lebensjahrzehnt erfolgt, zählen Forscher in Deutschland zum wissenschaftlichen Nachwuchs. Ihre Arbeitssituation ist von einem geringen Formalisierungsgrad, hoher sozialer Integration und großen Spielräumen für Selbstorganisation geprägt. Wie, wann und wo gearbeitet wird, bleibt Wissenschaftlern weitgehend selbst überlassen. Ähnlich wie die Selbstmanager in der Privatwirtschaft würden Wissenschaftler die Begrenzungen eines klassischen reglementierten Arbeitsverhältnisses für sich kaum akzeptieren, weil es sie bei ihrer Tätigkeit behindern könnte. Auch die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst bringt nur denen eine Mehr an Sicherheit, die eine Dauerstelle innehaben. Für die befristet Beschäftigten birgt sie eher Nachteile. Die Wissenschaftler erhalten nur wenig Schutz, müssen aber mit starren Reglementierungen wie der gesetzlichen Begrenzung ihrer Verweildauer an Hochschulen leben.

Versprache die Wissenschaft denen, die sie betreiben, trotz des hohen Prekarisierungsrisikos nicht zugleich sehr viel, würde sich allerdings niemand auf die lange Qualifizierungsphase einlassen. Wie beim Würfelspiel gibt es auch in der Wissenschaft Reize, die immer wieder zum Weitermachen motivieren: ein geschärftes Argument, eine originelle Idee, die Anerkennung für einen platzierten Aufsatz, die nächste Qualifikationsstufe und schließlich die Professur mit ihren Privilegien. All das sind Anreize, die in geringen Dosen zwischendurch oder als großes Ziel am Horizont die Gefährdungen erträglich machen, sie mitunter gar vollständig überdecken. Kleinen Erfolge und großen Versprechen tragen dazu bei, dass Akademiker zu geduldigen Prekariern werden (Dörre; Neis 2008; Neis; Dörre 2008). Diese Form einer wesentlich politisch-staatlich hergestellten Prekarität, die schon Max Weber als „akademischen Hasard“ bezeichnete, besitzt in Deutschland eine lange Tradition, sie ist alles andere als ein Produkt finanzkapitalistischer Konkurrenzlogik. Allerdings sorgt die Übertragung eines dem privaten Sektor nachgeahmten Wettbewerbsprinzips auf die Hochschulen und den Non-Profit-Sektor dafür, dass Kombinationen von kreativer Arbeit und prekärer Beschäftigung über das Wissenschaftssystem hinaus Verbreitung finden. So ist der gesamte Weiterbildungsbereich inzwischen zu einem Refugium für unsicher Beschäftigte geworden. Nur 14 % (142.000) der dort Beschäftigten verfügen über sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. 74 % (771.000) sind als Honorarkräfte oder Selbständige tätig. Nahezu drei Viertel der Wei-

terbildner verfügen über einen akademischen Abschluss (50 % Uni, 22 % FH). Das Prekariarisierungsrisiko ist vor allem bei den hauptberuflichen Honorarkräften hoch. Knapp die Hälfte bezeichnet ihre Einkommenssituation als soeben ausreichend oder schlecht (48 % gegenüber 28 % der Gesamtpopulation). Parallele Tätigkeiten an unterschiedlichen Einrichtungen sind Normalität. Und wie im Wissenschaftsbereich geht auch im Weiterbildungssektor eine hohe intrinsische Motivation mit beträchtlichen Risiken bei Einkommen, Status und Beschäftigung einher (WSWF 2005).

Nahe liegend ist, dass sich viele kreativ Prekäre, schon um handlungsfähig zu bleiben, im Leitbild unkonventioneller Integration weitaus eher wieder finden als im Ideal konventioneller Lohnarbeit. Dies ist diskurspolitisch bedeutsam, denn die Botschaft einer befreienden Wirkung flexibler Beschäftigungsverhältnisse kann so weit über die Minderheiten gesicherter Selbstmanager hinaus Beachtung finden. Wer als Selbständiger im Weiterbildungssektor, als Freiberufler in den Medien oder als Wissenschaftler mit ungewissen Karriereaussichten nur vage Aussichten auf eine Festanstellung hat, wird alles daran setzen, seinem strukturell prekären Status positive Seiten abzugewinnen und Lebensformen zu entwickeln, die etwaige Nachteile kompensieren. Verständnis für Interessenpolitiken, die ausschließlich auf den Schutz konventioneller Vollzeitbeschäftigung zielen, ist in diesen Gruppen kaum zu erwarten.

(3) Prekarität als dauerhafte Diskriminierung: Für die Masse der eigentlichen Prekarier gilt indessen, dass das unsichere Beschäftigungsverhältnis mit Arbeitstätigkeiten verbunden ist, die für eine Selbstentfaltung in den Arbeitsinhalten kaum Spielräume lassen. Die große Mehrzahl der hoffenden, zum Realismus genötigten oder sich schlicht mit prekären Verhältnissen zufriedengehenden Beschäftigten orientiert sich, offenbar auch aufgrund ihrer beruflichen Sozialisation, nach wie vor am Lohnarbeitsideal. Ungeachtet dieser Besonderheiten sorgt die Kluft zwischen der Norm für „gute“ und der Faktizität real ausgeübter Arbeit bei allen, die längerfristig auf die Ausübung eines prekären Jobs angewiesen sind, für einen tiefen subjektiven Bedeutungswandel von Erwerbstätigkeit. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse gehen nicht allein mit Unsicherheit und materiellen Mangel einher, vielfach bewirken sie Anerkennungsdefizite und, wenngleich nicht automatisch, eine Schwächung der Zugehörigkeit zu sozialen Netzen, die eigentlich dringend benötigt würden, um den Alltag einigermaßen zu bewältigen.

Unter völlig anderen Vorzeichen stoßen wir hier auf eine Problematik, wie sie Bourdieu für die algerische Übergangsgesellschaft beschrieben hat. Unabhängig von der konkreten Be-

schäftigungsform beklagen die Prekarier mehr oder minder alle, dass sie im Vergleich zu den Stammbeschäftigten über weitaus geringere Möglichkeiten verfügen, eine längerfristige Lebensplanung zu entwickeln. Unter wohlfahrtsstaatlichen Bedingungen blockiert befristete, niedrig entlohnte Beschäftigung „die Ausarbeitung eines rationalen Lebensplans“ (Bourdieu 2000, S. 109) allerdings nicht vollständig. Bei einem Großteil der Prekarier findet sich noch immer das Bemühen, der eigenen Lebensplanung Kohärenz zu verleihen. Teilzeitarbeiterinnen mit unbefristeten Arbeitsverträgen gelingt das noch einigermaßen, sofern die Partnerschaften stabil sind. Im Falle von Leiharbeitern und befristet Beschäftigten sind die Bemühungen um einen kohärenten Lebensplan spürbar, aber weitaus weniger erfolgreich. Es ist nicht allein die Unsicherheit als solche, sondern auch der soziale Abstand zur angestrebten Normalität, der eine Mischung aus Verunsicherung, Scham, Wut und Resignation erzeugt. In der Zone der Prekarität werden entsprechende Wahrnehmungen und Verarbeitungsformen auf Dauer gestellt. Prekäre Arbeits- und Lebensformen konstituieren hier eine Schwebelage, die einer permanenten Gratwanderung gleicht. Beständig gilt es, alle Energien zu mobilisieren, um den Sprung in eine bessere Position doch noch zu schaffen; lässt man in seinen Anstrengungen nach, droht die Gefahr eines dauerhaften Ausschlusses von regulärer Erwerbsarbeit. Die gesellschaftliche Ausdehnung einer „Zone der Vulnerabilität“ bedeutet, dass entsprechende Erfahrungen im Beschäftigungssystem dauerhaft etabliert werden. Nicht diese Grunderfahrung, wohl aber deren Verarbeitung differiert nach Lebensalter, Geschlecht, Nationalität, Qualifikation und sozialer Herkunft.

4. Disziplinierung und soziale Konflikte

Die gesellschaftliche Bedeutung diskriminierender Prekarität wird indessen erst verständlich, wenn man ihre herrschaftssoziologische Dimension berücksichtigt. Anders als es bei Bourdieu und Castel anklingt, ist Prekarisierung nicht zwingend mit sozialem Zerfall und fortschreitender Desintegration identisch. Die skizzierte Schwebelage, aber auch die bloße Ahnung, in eine solche Lage geraten zu können, hält zu permanenter Selbstaktivierung an. Wir haben dies an anderer Stelle als Integrations-Desintegrations-Paradoxon bezeichnet. Unter Bedingungen, die sie zu struktureller Benachteiligung verdammen, entwickeln Ausgegrenzte und prekär Beschäftigte aktiv Überlebensstrategien. Das ist der Grund, weshalb es nicht zu sich beständig verstärkenden und letztlich die Systemreproduktion gefährdenden Desintegrationsprozessen kommt. In den Zonen der Prekarität und der Entkoppelung erfolgt Einbindung allerdings nicht mehr ausschließlich über primäre, an die Erwerbsarbeit gekoppelte Integri-

onsmodi, sondern stärker mittels tradiert oder neu erzeugter sekundäre Integrationsformen. Von sekundärer Integration kann gesprochen werden, wenn junge Leiharbeiter ihr prekäres Beschäftigungsverhältnis als Sprungbrett in eine Normbeschäftigung betrachten und dabei auf den „Klebeffekt“ ihrer Tätigkeit hoffen, obwohl die Chancen für einen erfolgreichen Sprung in sichere Beschäftigung statistisch gesehen gering sind (12 bis 15 %). Um sekundäre Integration handelt es sich bei älteren Leiharbeitern, die sich pragmatisch mit ihrer Lage arrangieren, indem sie beständig zwischen Arbeitslosigkeit und Leiharbeit pendeln. Sekundäre Integrationspotentiale verschaffen sich auch Geltung, sofern sich Verkäuferinnen scheinbar vorbehaltlos in ihre Rolle als mehr oder minder zufriedene Zuverdienerinnen fügen und damit eine stabile Partnerschaft und ein Existenz sicherndes Einkommen des Lebenspartners zur stillen Voraussetzung ihres Arrangements machen. Und selbst bei Dauerarbeitslosen zeigt sich die Wirksamkeit sekundärer Integrationsmechanismen, wenn sie sich als „arbeitende Arbeitslose“ definieren, weil sie ihr Einkommen in der Schattenwirtschaft verdienen und dabei auf die informellen Netze von Familie, Nachbarn und Freunden setzen.

Konstitutiv für ihre besondere Qualität ist indessen, dass diskriminierende Prekarität einem Bumerangeffekt gleich auf die Gesicherten und Festangestellten zurückwirkt. Wir haben diesen Disziplinierungseffekt in unterschiedlichen Variationen beobachten können. Vor allem in der verarbeitenden Industrie beruht er auf einer Wiederbelebung des Reservarmee-Mechanismus und seiner – auch symbolischen – Verlängerung in die Fabrik (Holst u.a. 2009). Wer als Arbeitsloser bei einem Automobilhersteller oder einem Zulieferer mit strategischer Nutzung von Leiharbeit beschäftigt werden möchte, beginnt teilweise mit einem mehrmonatigen unbezahlten Praktikum. Erst nach dieser Quasi-Probezeit wird er als Leiharbeiter im Werk eingestellt. Hat er Glück, kann er nach längerer Verweildauer als befristet Beschäftigter den Sprung in die Stammbeslegschaft schaffen. Und erst nach jahrelanger Arbeit wird ihm, falls überhaupt, gewissermaßen als „Hauptgewinn in der Glückslotterie“ die Festanstellung offeriert. Ein Nebeneffekt solcher Rekrutierungsstrategien ist, dass die Konkurrenz um halbwegs sichere Beschäftigung als Leistungstreiber genutzt werden kann. Informelle Regulationen der Leistungsverausgabung werden außer Kraft gesetzt. Wo die mit Stammbeschäftigten besetzte Schicht den Akkord zu 120 % erfüllt, sieht sie sich schon bald mit besseren Ergebnissen der „Leiharbeiter-Schicht“ konfrontiert; haben die Festangestellten aufgeholt, beginnt das Spiel von Neuem.⁴

⁴ Diese Erkenntnisse beruhen auf empirischem Material aus der Projekt „Funktionswandel von Leiharbeit“ (Holst u.a. 2009).

Das ist nur ein Beispiel für die disziplinierende Wirkung von Prekarität, die sich in unterschiedlichen Schattierungen in zahlreichen Segmenten des Arbeitsmarktes aufspüren lässt. Wo immer sie mit flexibel beschäftigten und häufig hoch motivierten Arbeitskräften konfrontiert werden, die die gleiche Arbeit zu deutlich ungünstigeren Bedingungen verrichten, beginnen die Stammbeschäftigten, ihre Festanstellung als Privileg zu betrachten, das es mit Zähnen und Klauen zu verteidigen gilt. Deuteten empirischen Forschungen noch Ende der 1980er Jahre gerade bei jüngeren Lohnabhängigen einen subjektiven Bedeutungszuwachs arbeitsinhaltlicher und sozialkommunikativer Arbeitsansprüche an (Baethge u. a. 1989), so sind, wie empirische Erhebungen belegen (Fuchs 2006; Schröder; Urban 2009), Beschäftigungssicherheit und akzeptable Einkommen bei einer großen Mehrzahl der Lohnabhängigen wieder zu einer nahezu fraglosen ersten Präferenzen geworden.⁵ Die Sorge um die eigene Sicherheit und den individuellen sozialen Status, die durch Prekarisierungsprozesse immer wieder aufs Neue angefacht wird, fördert, ganz wie es Boltanski und Chiapello (2003: 262, 320) prognostiziert haben, die Produktion gefügiger Arbeitskräfte.

Als Mahnung an die Festangestellten ständig präsent, beschränkt sich die Disziplinierungsfunktion prekärer Verhältnisse aber nicht auf die Fabrik oder das Büro. Sie stimuliert eine neuartige Konfliktdynamik, die sich im Grunde am Besitz von knappem Sozialeigentum entzündet. Hatte Habermas (1987, S. 276 f., 293) seine Zeitdiagnose einer „Kolonialisierung der Lebenswelten“ an die wohlfahrtsstaatliche Pazifizierung des Klassenkonflikts gebunden, so zehrt die finanzkapitalistische Landnahme an dieser Regulierungskapazität. Das Resultat ist freilich keine Wiederkehr des industriellen Klassenkonflikts in seinen bekannten historischen Gestalt. Zwar spricht einiges dafür, dass die finanzkapitalistische Landnahme von Beginn an auch „als ein Projekt angelegt war, das die alte Klassenmacht“ herrschender Gruppen wiederherstellen sollte (Harvey 2007, S. 26.). Doch trotz des unbestreitbaren politischen Erfolgs dieses Projekts – die Zunahmen vertikaler sozialer Ungleichheiten zwischen Klassen und Schichten in den meisten OECD-Staaten lässt sich kaum übersehen – wirkt die soziale Macht der „Finanzoligarchie“ (Marx, 1976, S. 454), der „aktiven Rentiers“⁶ (Chesnais 2004, S. 224), auf Seiten der Beherrschten keineswegs als Katalysator heterodoxer Klassenmacht. Im Gegenteil, für „Menschen, die nicht der zunehmend selbstbewussteren Klasse der shareholder

⁵ Bei einem erheblichen Teil der Arbeiter und Angestellten dürfte dies freilich nie anders gewesen sein. Was unsere eigenen Erhebungen aber belegen, ist, dass vor allem Facharbeiter sich selbst dann nicht auf der sicheren Seite wähnen, wenn ihre Unternehmen prosperieren

⁶ „Der Manager eines Pensionsfonds oder einer Investmentgesellschaft, der eine neue corporate governance durchsetzt gehört zu einer neuen ökonomischen Kategorie: die Kategorie des Finanzkapitalisten oder des ‚aktiven‘ Rentiers.“ (ebd.).

oder Spitzenmanager angehören“, ist es während der zurückliegenden Dekaden schwieriger geworden ist, „sich selbst als klar definierte soziale Gruppe wahrzunehmen“ (Crouch 2008, S. 71).

Die diskriminierende Form der Prekarisierung trägt erheblich zu dieser „postdemokratischen“ Tendenz bei. Denn sie forciert Auseinandersetzungen um Stuserhalt und relative Deprivilegierung, die Festangestellte, Prekarierte und Ausgegrenzte unter- und gegeneinander ausfechten. Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse entziehen denjenigen, die beständig von der Sorge um die Bewältigung des nächsten Tages angetrieben werden, allmählich die Energie, die notwendig wäre, um sich zivilgesellschaftlich, politisch oder gewerkschaftlich zu engagieren. Oder sie provoziert – wie in den französischen Vorstädten oder jüngst bei griechischen Jugendlichen – ein „bargaining by riots“ mit ausgesprochen ambivalenten Folgen für die demokratische Verfasstheit westlicher Gesellschaften. Individueller Verschleiß in prekären Lebenssituationen und Zerfall in Konkurrenzgruppen sorgen für eine Ermattung zivilgesellschaftlicher Akteure, die zu jener eigentümlichen Stabilisierung des Instabilen beiträgt, wie sie für die nachfordistischen Kapitalismen charakteristisch ist.

Ob und wie lange sich diese Selbststabilisierungsmechanismen des Finanzmarkt-Kapitalismus auf Dauer stellen lassen, ist ungewiss. Der globale Crash des Finanzsystems, zu dem sich die Subprime-Krise in den USA gemausert hat, signalisiert inzwischen Grenzen der neuen Landnahme (Dörre 2009, Zeise 2008). Dass eine aus inneren Widersprüchen des Systems resultierende Krise und der dadurch ausgelöste Staatsinterventionismus im Selbstlauf für eine Entprekarisierung der Arbeitsgesellschaften sorgen, ist indessen mehr als unwahrscheinlich. Eher dürfte das Gegenteil der Fall sein. Prekär Beschäftigte tragen in Krisensituationen das höchste Beschäftigungsrisiko. Das bekommen Leiharbeiter und befristet Beschäftigte in den Betrieben als erste zu spüren. Zudem könnte sich bei den Interessenvertretungen eine ohnehin verbreitete Haltung zusätzlich verstärken, die primär auf eine Absicherung von Stammbeschäftigten zielt und damit ungewollt das Prekarisierungsrisiko der flexibel Beschäftigten erhöht. Hinzu kommt, dass die finanzkapitalistischen Transfermechanismen ein Eigenleben führen, welches sich mit begrenzten Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte nicht außer Kraft setzen lässt.

Allerdings werden sich mittelfristig auch systemische Dysfunktionalitäten der Prekarisierung bemerkbar machen. Schon jetzt lässt sich feststellen, dass mit ständiger Verunsicherung zu-

gleich die Loyalität der Stammbeschäftigten gegenüber ihren Unternehmen schwindet. Qualitätsmängel und aufwendige elektronische Überwachungsmaßnahmen belegen dieses Phänomen. Demographischer Wandel und Fachkräftemangel, wie er schon jetzt auf Teilarbeitsmärkten akut ist, setzen Prekarisierungsstrategien zusätzlich Grenzen. Auch die Entdeckung der Prekarier für gewerkschaftliche Interessenpolitik, wie sie in Mindestlohn- und Leiharbeitskampagnen zum Ausdruck kommt, dürfte allmählich Wirkung erzielen. Insofern könnten sich im Gefolge der Finanzkrise auch Spielräume für eine „Politik der Entprekarisierung“ (Brinkmann u. a. 2006) bieten. Ob und wie sie genutzt werden, lässt sich gegenwärtig kaum prognostizieren.

Fakt ist jedoch, dass wir es in den westeuropäischen Gesellschaften mit einer neuen Ausprägung des sozialen Konflikts zu tun haben. Jene Innen-Außen-Dialektik, die in diskriminierender Prekarität zum Ausdruck kommt, lässt sich politisch nicht mehr mittels Subsumtion der neuen Reservearmee unter einen fiktiven Begriff von Klasseneinheit bearbeiten. In diese Feststellung ist eingeschlossen, dass die Konfliktformation, die mit der zeitgenössischen Prekarisierung korrespondiert, sich deutlich von der des industriellen Klassenkonflikts unterscheidet. Sicher gehörten interne Konkurrenzen jederzeit zum Alltag von Arbeiterklassen. Schon Emil Zola hat in seinem berühmten Roman *Germinal* am Beispiel von Bergarbeitern die entsolidarisierende Wirkung des Kampfs um den minimalen Vorteil anschaulich beschrieben. Ein Wohlfahrtsstaat, der auch dann noch präsent ist, wenn er die Funktion der Statussicherung preisgibt, erweitert jedoch das Terrain derartiger Konkurrenzen. Vom Abstieg bedrohte Arbeiter und Angestellte haben Sozialeigentum zu verteidigen, dessen Besitz prekär Beschäftigten wiederum als Privileg erscheinen muss. Die einen kämpfen um den Erhalt einer Normalität, an die die anderen überhaupt erst anschließen möchten. Die entsolidarisierende Wirkung solcher Spaltungen haben Beaud und Pialaux (2004) anhand des Zerfalls einer militanten Arbeiterkultur in einem französischen Automobilwerk eindrucksvoll beschrieben.

Diese – post-sozialstaatliche – Konfliktlinie ist zumindest für Westeuropa etwas Neues. Sie bewirkt, dass der soziale Konflikt für immer weiter schrumpfende Bevölkerungsgruppen innerhalb der nationalen Systeme organisierter Arbeitsbeziehungen, der betrieblichen Mitbestimmung und der kollektiven Tarifvertragssysteme ausgetragen wird. Jenseits der organisierten Arbeitsbeziehungen und der erodierenden Sicherungssysteme vollzieht sich der Übergang zu nicht-normierten Konflikten, zu Labour Unrest, spontaner Empörung und klassenspezifischen „Brotkonflikten“ in abgehängten Statteilen und Quartieren. Auf diese neue Dimension

der sozialen Frage im 21. Jahrhundert haben weder die Gewerkschaften noch die politische Linke bislang eine Antwort gefunden. Dennoch haben wir es nicht mit einem alternativlosen Zerfall der Gesellschaft in Konkurrenzkollektive zu tun. Trotz Entsolidarisierung, politischer Apathie und Offenheit für rechtspopulistische Sirenengesänge stellt die Selbstorganisation der Unorganisierbaren inzwischen mehr als eine hypothetische Möglichkeit dar. Politische Repräsentation kann sich über Formen eines inklusiven Organizings, wie es italienische und auch deutsche Gewerkschaften erproben (Brinkmann u. a. 2008, Leonardi 2008), ebenso herstellen wie in sozialen Bewegungen, Protesten und Aufständen von Ausgeschlossenen, denen nicht zwangsläufig eine antizivilisatorische Tendenz innewohnen muss.

Prekarisierungserfahrungen beinhalten jedoch trotz der skizzierten Spaltungsdynamiken auch die Möglichkeit zur Konstruktion diskursiver „Äquivalenzketten“ (Mouffe 2007, S. 115), die temporäre politische Vereinheitlichung bei grundsätzlicher Bewahrung sozialer und kultureller Vielfalt zumindest vorstellbar machen. In diesem Zusammenhang sei abschließend eine Beobachtung präsentiert, die bei der die Suche nach politischen Antworten auf die soziale Frage des vor uns liegenden Jahrhunderts Mut macht: In Diskussionen mit Arbeitern im argentinischen Cordoba habe ich die Erfahrung machen können, dass Prekarität zu einem Alltagsbegriff geworden ist. Obwohl er in einem Land, in welchem nach der Finanzkrise 2001 die Hälfte der Bevölkerung an oder unter die Armutsschwelle gedrängt wurde, eine völlig andere Realität bezeichnet als in den reichen Gesellschaften des Nordens, ist eine Verständigung über die strukturellen Ursachen und Mechanismen der Prekarisierung – Standortkonkurrenzen, Leiharbeit, Befristung, Solo-Selbständigkeit, Lohndumping und Disziplinierung der Stammeschäftigten – problemlos möglich. Diese Erfahrung begründet, ungeachtet der gebotenen analytischen Skepsis, eine Hoffnung. Verständigung, selbst über Kontinente hinweg, ist möglich. Deshalb könnte es sein, dass die Geschichte der Solidarität noch längst nicht zu Ende geschrieben ist.

Literatur:

Arendt, Hannah (2006), Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft [1951], 11. Aufl., München.

Baethge, Martin/Hantsche, Brigitte/Pelull, Wolfgang (1989), Jugend: Arbeit und Identität. Lebensperspektiven und Interessenorientierung von Jugendlichen, Opladen.

Becker, Karina/Bluhm, Katharina/Martens, Bernd (2008): Unternehmensführung in Zeiten des Shareholder Value. Zum Wandel des industriellen Mittelstands. In: Benthin, Rai-

ner/Brinkmann, Ulrich (2008): Unternehmenskultur und Mitbestimmung. Betriebliche Integration zwischen Konsens und Konflikt. Frankfurt a. M./New York: 213-242.

Beaud, Stéphane/Pialoux, Michel (2004 [1999]), Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Die Peugeot-Werke von Sochaux-Montbéliard, Konstanz.

Bescherer, Peter/Röbenack, Silke/Schierhorn, Karen (2008), »Nach Hartz IV: Erwerbsorientierungen von Arbeitslosen«, Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 33-34, S. 19-24.

Bloom, Katharina/Schmidt, Rudi (2008) (Hg.), Change in SMEs. Towards a new European capitalism? , Basingstoke/New York.

Bologna, Sergio (2006), Die Zerstörung der Mittelschichten. Thesen zur neuen Selbständigkeit, Wien.

Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003), Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.

Bosch, Gerhard/Kalina, Thorsten (2007), »Niedriglöhne in Deutschland – Zahlen, Fakten, Ursachen«, in: Bosch, Gerhard/Weinkopf, Claudia (Hg.), Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt a.M./New York, S. 20-105.

Bosch, Gerhard/Weinkopf, Claudia (2007) (Hg.), Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt a.M./New York.

Bourdieu, Pierre(2000), Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft, Konstanz.

Brinkmann, Ulrich/Becker, Karina, Engel, Thomas (2007), »Die Haut auf dem Markte. Betrieblicher Gesundheitsschutz im Marktkapitalismus«, PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 37, H. 148, S. 383-401.

Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2006), Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Bonn.

Brinkmann, Ulrich/Choi, Hae-Lin/Detje, Richard/Dörre, Klaus/Holst, Hajo/ Karakayali, Serhat/Schmalstieg, Catharina (2008), Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Wiesbaden.

Castel, Robert (2000a [1995]), Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.

Castel, Robert (2005 [2003]), Die Stärkung der Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg.

Castel, Robert (2009a). Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit. In: R. Castel/ K. Dörre, (Hrsg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts (S. 21-34). Frankfurt a.M., New York.

Chesnais, Francois (2004), »Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite«, in: Zeller, Christian (Hg.), Die globale Enteignungsökonomie, Münster, S. 217-254.

Crouch, Colin (2008), Postdemokratie, Frankfurt a. M.

DIW-Wochenbericht 10-2008 vom 5. März 2008.

Dörre, Klaus (2009a), »Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarkt-Kapitalismus«, in: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut, Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt a. M.

Dörre, Klaus (2009), »Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus«, in: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/New York, S. 35-64.

Dörre, Klaus/Bescherer, Peter/Röbenack, Silke/Schierhorn, Karen (2008) Die »vierte Zone« der Arbeitsgesellschaft: Disziplinierung durch Ausgrenzung und prekäre Beschäftigung?, in: Gensior, Sabine/Lappe, Lothar/Mendius, Hans Gerhard (Hg.), Im Dickicht der Reformen – Folgen und Nebenwirkungen für Arbeitsmarkt, Arbeitsverhältnis und Beruf, Cottbus, S. 79-109.

Dörre, Klaus/Holst, Hajo (2007), Funktionswandel von Zeitarbeit, Projektantrag Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt a.M.

Dörre, Klaus/Neis, Matthias (2008), »Geduldige Prekarier? Unsicherheit als Wegbegleiter wissenschaftlicher Karrieren«, Forschung & Lehre, Jg. 15, H. 10, S. 672-674.

Dörre, Klaus/Röttger, Bernd (2006), Im Schatten der Globalisierung, Wiesbaden.

Fraser, Nancy (2001), Die halbierte Gerechtigkeit. Gender Studies, Frankfurt a.M.

Fuchs, Tatjana (2006), Was ist gute Arbeit? Anforderungen aus der Sicht von Erwerbstätigen. Konzeption und Auswertung einer repräsentativen Untersuchung, Stadtbergen.

Galbraith, James K. (2008): Die Weltfinanzkrise – und was der neue US-Präsident tun sollte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11'08. Berlin, S. 41-57

Habermas, Jürgen (1987): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt a. M., 4. Aufl.

Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus. Hamburg

Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Berlin.

Henwood, Doug (1997), Wall Street, London.

Holst, Hajo (2009), »Disziplinierung durch Leiharbeit? – Neue Nutzungsstrategien von Leiharbeit und ihre arbeitspolitischen Folgen«, WSI-Mitteilungen, Jg. 62, H. 2 (i.E.).

Kalina, Thorsten/Vanselow, Achim/Weinkopf, Claudia (2008), Niedriglöhne in Deutschland, SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Jg. 31, H. 164, S. 20-24.

Leonardi, Salvo (2008): Union Organisation of Employees in Atypical and Precarious Work in Italy. In: International Journal of Action Research Volume 4: 203-224.

Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen.

Marx, Karl (1973 [1867]), Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23. Berlin.

Marx, Karl (1976 [1894]), Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 25. Berlin.

Massa-Wirth, Carsten (2007), Zugeständnisse für Arbeitsplätze, Berlin.

Mouffe, Chantal (2007), Und jetzt, Frau Mouffe? In: Geiselberger, Heinrich (Hg.), Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda, Frankfurt am Main, S. 53-78. 105-130

Neis, Matthias/Dörre, Klaus (2008), »Visible Scientists« und »unsichtbare Entrepreneurs«. Universitäten in regionalen Innovationsprozessen, Jena (Ms.).

Paugam, Serge (2008), Die elementaren Formen der Armut, Hamburg.

Rehder, Britta (2006), »Legitimitätsdefizite des Co-Managements«, Zeitschrift für Soziologie, Jg. 35, H. 3, S. 227-242.

Röhm, Uli/Voigt, Wilfried (2007): Das Lohndumping-Kartell. Großverlage bekämpfen den Post-Mindestlohn. Hamburg.

Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (2009) (Hg.), Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Frankfurt a.M.

Sennett, Richard (2007): Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin.

Werding, Martin/Müller, Marianne (2007), »Globalisierung und gesellschaftliche Mitte. Beobachtungen aus ökonomischer Sicht«, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht, Frankfurt a.M., S. 103-161.

Windolf, Paul (2005) (Hg.), Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus?, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 45, S. 20-57.

WSI-Tarifhandbuch 2006, Frankfurt a.M.

WSF Wirtschafts- und Sozialforschung (2005): Erhebung zur beruflichen und sozialen Lage von Lehrenden in Weiterbildungseinrichtungen. Schlussbericht. Kerpen.

Zeise, Lucas (2008), Ende der Party. Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft, Köln.